Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 10

Artikel: Die politische Arbeitsgemeinschaft
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333926

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stimmung zur interparteilichen Zusammenarbeit, aber schon ein Jahr später, 1939 in Lausanne, wurde auch diese politische Taktik einer Revision unterzogen. Damit war die Partei wieder frei. Sie konnte, wie früher, ihre Entscheidungen von Fall zu Fall treffen und Strategie und Taktik den herrschenden Umständen anpassen. Grundlage ihrer politischen Tätigkeit war und bleibt das Programm 1935 und der «Plan der Arbeit».

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat mit der Programmrevision 1935 an eine frühere Epoche der Entwicklung der sozialistischen Idee in der Schweiz angeschlossen, die leider durch ein zwanzig Jahre dauerndes Intervall unterbrochen worden war. Vor 1905 war der Einfluß des westeuropäischen Sozialismus in der schweizerischen Arbeiterbewegung fast entscheidend gewesen. Von 1905 an dagegen dominierte der Einfluß der deutschen und der russischen Sozialdemokratie. Das Programm, das Steck 1888 der SPS. bei ihrer Neukonstituierung gegeben hat, entspricht in seiner Grundhaltung dem Programm des Jahres 1935. Der Sozialismus ist für Steck nicht nur eine Klassen-, sondern eine Volksbewegung.

Es wäre ein Rückfall, wenn die Partei diesen seit 1935 von ihr wieder eingenommenen Boden aufgeben wollte. Das Programm 1935 ist nicht revisionsbedürftig. Es gilt heute im zweiten Weltkrieg so gut wie vor diesem Weltkrieg. Es muß nur konsequent verfochten und angewendet werden. Die Taktik der Partei hat ständig von dieser programmatischen Grundlage auszugehen. Ich will nicht behaupten, daß seit 1935 die Partei immer die Grundsätze ihres Programms befolgt hat. Es waren eben für die Partei seit 1935 Lehrjahre um das neue Programm auszuprobieren. Die Jahre seit 1935 haben programmatisch und grundsätzlich die Lage für die Partei derart geklärt, daß sie ihren politischen Kampf als Vorhut der schweizerischen Arbeiterbewegung im zweiten Weltkrieg sicher und selbstbewußt führen kann. Die politische Entwicklung verläuft zu ihren Gunsten. Einfluß und Macht in den Kantonen und Gemeinden nehmen zu. Die Frage, wann im Bund die Arbeiterschaft mitregieren kann, ist bloß noch eine Frage der Zeit. Die nächsten zu lösenden Aufgaben der Partei, das heißt die Richtlinien für ihre Tätigkeit im Verlauf dieses Weltkrieges, sind damit programmatisch und wegweisend festgelegt. Es gilt sie lediglich noch im einzelnen durch den Parteitag zu beschließen.

Die politische Arbeitsgemeinschaft

Von Ernst Reinhard.

Die politische Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern ist in den Kreisen der Arbeiterschaft sehr verschieden beurteilt worden und unterliegt heute noch, da ihre Wirksamkeit nun doch klar zutage getreten ist und von jedem erkannt werden kann, Mißdeutungen, die von kommunistischer und rechtsradikaler Seite bewußt gefördert werden, um

Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu bringen. Es mag daher angezeigt sein, die Grundzüge dieser Arbeitsgemeinschaft, ihr Wirken und ihre Arbeit hier einmal offen vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus zu besprechen.

Die Arbeitsgemeinschaft wurde in den kritischen Zeiten des Jahres 1940 geschaffen. Es waren die Tage nach dem Zusammenbruch Frankreichs, da die Neutralitätspolitik der Schweiz vor ganz neuen und außerordentlich schweren Problemen stand, die vielleicht vorher von keinem Politiker geahnt und vorbedacht worden waren. Die Grundstimmung dieser Tage sprach aus der Rede des Bundespräsidenten, wie sie am 25. Juni 1940 gehalten wurde; niemand verhehlte sich, daß hinter den starken Worten sich nur mühsam der Geist einer politischen Konzessionsbereitschaft verbarg, welche für uns alle schwerste Gefahren mit sich bringen mußte. Was die Arbeiterschaft seit dem Jahre 1933 systematisch angestrebt und in den Jahren 1935 und 1936, nach Überwindung harter, innerer Widerstände, zu ihrer politischen Richtlinie gemacht hatte, schien damals in Frage zu stehen: die demokratische Grundlage des Staates, über deren Wert und Bedeutung wir uns wohl alle klar geworden sind. Aber nicht nur wir waren von dieser Sorge ergriffen; das bernische Bürgertum, in dem sich gutes demokratisches Empfinden erhalten hatte, ohne vor dem Amerikanertum der modernen Geldpolitik zu kapitulieren, fühlte mit uns das demokratische Fundament des Staates vor der Gefahr erzittern. Die Unsicherheit wurde durch das Gerede über die Pläne Etters, über die Staatsumwandlungsideen, die nach einer autoritären Demokratie strebten, nur gesteigert; die innere Front, für deren Stärkung die Arbeiterschaft Opfer gebracht hatte, deren Größe erst später vielleicht objektiver urteilende Geschlechter zu erkennen vermögen, schien nicht mehr so fest, wie sie in diesen gefahrvollsten Tagen gerade sein mußte.

Es galt, die Front zu halten. In diesem Bestreben trafen sich Bürgerliche und Sozialisten. Im volksreichsten und politisch wichtigsten Kanton der Schweiz mußte gegen den aufkeimenden Defaitismus ein Zentrum des nationalen Widerstandes geschaffen werden, aus der Erkenntnis heraus, daß auch für uns alles verloren war, wenn die demokratische Grundlage des Staates zertrümmert werden konnte. In diesem Gedanken waren sich die vier großen Parteien des Kantons Bern einig. Die Vorbesprechungen zeigten, daß man sich über vier Grundsätze im klaren war, die nachher in die Proklamation, welche die Arbeitsgemeinschaft auf den 1. August 1940 in Wirksamkeit setzte, aufgenommen wurden; sie seien hier wörtlich aus der Proklamation aufgeführt:

«In diesem Sinn setzen sich die unterzeichneten politischen Parteien für die Gegenwart und die nächste Zukunft zum Ziel:

1. den entschlossenen Willen des Volkes *zur Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit* zu wahren und jedem Versuch, *die Wehrbereitschaft* zu schwächen, des entschiedensten entgegenzutreten;
2. *die Freiheit* und *das politische Selbstbestimmungsrecht* des Vol-

kes auch im *Innern des Landes* zu erhalten und vor jeder *Untergrabung* nachhaltig und wirksam zu schützen;

3. die *Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten* fortzusetzen und ihre *zweckmäßige Finanzierung* mit allen Mitteln zu fördern, um die *Arbeitslosigkeit zu überwinden* und die *Existenz der Familie* und *der Alten* zu sichern;
4. alle Bestrebungen zu unterstützen, die durch eine nach *volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten* orientierte *Währungs- und Zinspolitik* das *Kapital in vermehrtem Maße in den Dienst der Allgemeinheit* stellen.»

Man wird, wenn man diese Grundsätze liest, nichts finden, was wir nicht entschieden unterstützen müßten; im Willen zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit lassen wir uns von niemanden in den Schatten stellen; daß wir die Freiheit und das politische Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch im Innern des Landes erhalten wollen, ist eine derartige Binsenwahrheit geworden, daß jedes weitere Wort Verschwendung wäre.

Aber die Arbeitsgemeinschaft hat sich nicht mit der Proklamation dieser politischen Grundsätze befaßt, sondern hat gleichzeitig auch in wirtschaftlicher Beziehung zwei Forderungen aufgestellt, die von höchster Bedeutung sind. Wenn in bürgerlichen Erklärungen von der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes gesprochen wird, steht gewöhnlich dahinter die Ansicht, es müsse unser Staatswesen so erhalten bleiben, wie es in den Krieg eingetreten ist; das ist eine reaktionäre Grundhaltung, die verschiedenen unserer kantonalen Parteien die Mitarbeit in kantonalen politischen Arbeitsgemeinschaften unmöglich gemacht hat. Die Punkte 3 und 4 sprechen aber von der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung *mit allen Mitteln,* von der Sicherung der Existenz der Familien und der Alten; sie weisen also vor allem auch auf das unerhört wichtige und für uns höchst wertvolle Problem der Altersversicherung hin. Der letzte Punkt aber bedeutet, daß im Bürgertum des Kantons Bern sich geistig manches gewandelt hat; wenn alle drei bürgerlichen Parteien mit ihrer Unterschrift dazu stehen, daß das Kapital in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden müsse und daß danach die Währungs- und Zinspolitik einzurichten sei, so wäre es geradezu kindisch, hier nun einfach von kapitalistischen Parteien zu sprechen, mit denen man nicht zusammengehen dürfe. Es ist vielmehr eine Loslösung von rein kapitalistischen Gedankengängen festzustellen, über die wir doch froh sein sollten.

Diese erfreuliche Aufgeschlossenheit für umgestaltende, soziale Ideen ist durch den Beitritt der großen wirtschaftlichen Organisation des Kantons Bern eher noch gesteigert als abgeschwächt worden. Nach dem 4. Abschnitt der am 29. Juli 1940 unterzeichneten Vereinbarung steht der Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft «jeder Organisation offen, die sich zu den Grundsätzen und Zielen der politischen Arbeitsgemeinschaft bekennt und für eine loyale Zusammenarbeit Gewähr leistet». Von Anfang an dachte man dabei an die Aufnahme der Wirtschafts-

verbände, die nun seither auch beigetreten sind: des Handwerker- und Gewerbeverbandes, des Handels- und Industrievereins, des Gewerkschaftskartells. Damit sind bis heute sieben verschiedene Organisationen zusammengeschlossen; es fehlen eigentlich nur noch die bäuerlichen Wirtschaftsverbände, deren Beitritt aber deswegen Schwierigkeiten bereitet, weil sie nicht in einer kantonalen, deutlich erkennbaren Dachorganisation zusammengefaßt sind. Wenn da die Wirtschaftsverbände sich aus einer Reihe von Kleinverbänden zusammensetzen, so war es klar, daß unmöglich jeder einzelne Verband aufgenommen werden konnte, wenn schließlich die Arbeitsgemeinschaft nicht ein riesiges, aber dafür um so schwerfälligeres und infolgedessen aktionsunfähiges Gebilde werden sollte; man konnte also nicht den kantonalen Wirteverein, den kantonalen Spenglermeisterverband usw. aufnehmen, sondern mußte danach trachten, einen einzigen Verband in die Arbeitsgemeinschaft zu erhalten, der sie alle umfaßte und für alle handlungsberechtigt erschien. Was man so dem Handwerkerverband gegenüber durchführen mußte, konnte natürlich auch für die Gewerkschaften nicht außer Kraft gesetzt werden; so kam es, daß ein großer Gewerkschaftsverband, der sich nicht durch das Gewerkschaftskartell vertreten lassen wollte, abgelehnt wurde, als er sich zur Aufnahme anmeldete, obschon man ihn gern in der Arbeitsgemeinschaft gesehen hätte; aber die Konsequenz gebot auch ihm zu bedeuten, daß er sich besser durch das Mittel des kantonalen Gewerkschaftskartells vertreten lassen sollte, das ihm übrigens ausreichende Vertretungsmöglichkeit zugesichert hatte. Aus diesem Grunde wurde vorerst der «Vaterländische Verband» ebenfalls abgelehnt; doch ist es fraglich, ob dieser Verband heute, da er gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten eine ebenso verständnislose Sprache führt wie gelegentlich unsere Linksextremen gegen die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft, noch aufgenommen werden könnte; der Einspruch der Sozialdemokratischen Partei wäre jedenfalls sicher, wahrscheinlich auch derjenige des Gewerkschaftskartells, da nach der Meinung beider keine Gewähr für die loyale Zusammenarbeit geboten und damit die letzte Bedingung des Abschnitts 4 nicht erfüllt ist. Die Jungbauern vollends, die zur ersten Zusammenkunft ebenfalls eingeladen waren, haben sich mit einer Begründung, die der drastischen Komik nicht entbehrt, selbst ausgeschlossen; übrigens müßte man sich heute ernstlich fragen, ob trotz allfällig abgegebener Erklärungen diese einstigen Richtlinienpartner die beiden ersten Grundsätze ehrlich anerkennen könnten. Der Schweizerische Freiwirtschaftsbund hat aus freien Stücken und aus durchaus achtungswerten Motiven auf den Beitritt verzichtet; nicht in Frage gekommen sind die Unabhängigen. Von diesen beiden Gruppen ist der Sozialdemokratischen Partei der Vorwurf gemacht worden, sie habe ihre eigenen Grundsätze durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft mit den «kapitalistischen Parteien» verraten; besonders die Jungbauern, die bei der Bauernschaft kaum mehr Entwicklungsmöglichkeiten sehen und sich dafür um so mehr auf die ländlichen Arbeiter stürzen, haben mit dieser skrupellosen und demagogischen Verdrehung der Tatsachen gewisse

Erfolge deswegen gehabt, weil die gleiche Beschuldigung von den Kommunisten ausgestreut wird. Sie ist unsinnig. Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre Mitarbeit nur bewiesen, daß ihr an der Erhaltung der demokratischen und freiheitlichen Grundlage des Landes gelegen ist, weil sie darin die einzige Möglichkeit zum Ausbau zur sozialen Demokratie sieht; die Links- und Rechtsradikalen aber lassen deutlich erkennen, daß ihnen daran nichts gelegen ist, daß sie vielmehr im Interesse einer fremden Staatsideologie, wenn nicht sogar einer fremden Staatsmacht, an der Zerschlagung der schweizerischen Demokratie interessiert sind, wobei das entsprechende politische Gehabe schon deutlich landesverräterische Formen angenommen hat. Daß eine politisch denkende Arbeiterschaft den eigentlichen Zweck der Vorwürfe durchschauen sollte, scheint schließlich nicht nur wünschenswert, sondern angesichts der politischen Schulung der Arbeiterschaft sogar selbstverständlich zu sein.

Man darf der Frage ruhig nähertreten, ob die Sozialdemokratische Partei durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft Wesentliches von ihrer Aktionsfreiheit eingebüßt habe. Es darf dabei ruhig angenommen werden, daß jeder Vertragspartner sich die Frage auch für seinen Teil stellt; denn selbstverständlich erfolgt für alle der Beitritt nicht nur aus dem Verantwortungsgefühl für das Land, wenn auch dieses an erster Stelle steht, sondern ebenfalls aus einem gesunden Egoismus heraus. Wir müßten nicht Schweizer sein, wenn diese Frage nicht von allen ebenfalls ganz ehrlich geprüft worden wäre; daß alle Vertrauenspartner zur Überzeugung kamen, sie würden mit dem Beitritt nicht nur den höheren Landesinteressen, sondern auch denen ihrer eigenen Organisation dienen, beweist gerade den Wert der politischen Arbeitsgemeinschaft. Für alle jedenfalls ist die Überzeugung maßgebend, daß sie für sich die Möglichkeit zur Aktion der eigenen Organisation gerade durch den Zusammenschluß wahren. Im Augenblick, da von der Vernichtung aller Parteien gesprochen wird, da von einer schweizerischen Einheitspartei geschwatzt wird, ist jedenfalls die Tatsache von Bedeutung, daß alle Partner sich zum Grundsatze bekennen, daß zur Lösung der politischen Aufgaben «in erster Linie die Behörden und die politischen Parteien berufen sind». Darin liegt die Wahrung der eigenen Existenz; aber diese Parteien sind berufen, durch ihre Existenz dem Lande, seinem Charakter und seiner Eigenart zu dienen; aus der Tatsache, daß die Zusammenarbeit solcher Eigengruppen möglich ist, erwächst schließlich unsere schweizerische Demokratie, die mit einer rein parlamentarischen nach englischem Muster oder mit einer Demokratie der Konfraterien nach französischem Beispiel einfach nicht vergleichbar ist. Die Partei als Individuum und Organisation des demokratischen Staates bleibt bestehen und wahrt, wiederum nach dem 1. Abschnitt, ihre Grundsätze und ihre volle organisatorische Selbständigkeit; sie gibt sich also keineswegs auf; aber sie wird vor die Aufgabe gestellt, im engsten Kontakt mit den andern Parteien ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und sie zu erhärten. Jeder Vertrag bringt selbstverständlich gewisse Bindungen mit sich und mit ihnen die Aufgabe eines Teils der bisherigen Selb-

ständigkeit. Die Frage ist nur, was dabei geopfert wird. Die politische Arbeitsgemeinschaft schreibt ihren Partnern die «loyale, gemeinsame Arbeit» vor, «unter sich und mit den Behörden», um zur Lösung der dringendsten, wirtschaftlich und sozial gegenwärtig notwendigen Aufgaben zusammenzuwirken. Ob man es nun wahr haben will oder nicht, diese Verpflichtung hat die politische Diskussion im Kanton Bern auf eine höhere Ebene gehoben; sie ist keineswegs eingeschlafen; die Probleme bleiben und werden diskutiert, bevor man sich zum Handeln entschließt. Die politische Arbeitsgemeinschaft zwingt dazu, zu untersuchen, wie weit in ganz bestimmten politischen Fragen gemeinsames Gedankengut vorhanden sei, das ein gemeinsames Wirken möglich mache, und sie hat nach dieser Seite hin außerordentlich Wertvolles geleistet in der Erziehung zu einer sachlichen und gerechten Politik und einer entsprechenden Denkweise; und daß diese Denkweise nicht zum mindesten der Arbeiterschaft zugute gekommen ist, darf an Hand der gemachten Erfahrungen ruhig behauptet werden. Wenn die Diskussion ergibt, daß auch nur eine Partei nicht einverstanden ist, dann kann sie durch die andern nicht vergewaltigt werden; die politische Arbeitsgemeinschaft kommt dann eben als solche zu keiner Aktion, sondern muß es den einzelnen Parteien überlassen, sich für bestimmte Einzelzwecke unter Umständen zu besondern Gruppen zusammenzuschließen. Die Gefahr, daß eine solche Vorschrift irgendwie zu diplomatischem Spiel verleiten könnte, ist nicht von der Hand zu weisen; aber es ist schließlich Aufgabe der einzelnen Parteiorganisationen, selbst darüber zu wachen, daß dies nicht möglich ist, und ihre Vertreter in der politischen Arbeitsgemeinschaft zu fortlaufender Berichterstattung zu verhalten, damit ihr die Kontrolle gesichert bleibt. Das ist in der kantonalen Partei Bern jedenfalls bis dahin geschehen. Daß die Partei in ihrer Hauptfrage nicht eingeengt wurde, hat sich gerade durch ihre heftigen und energischen, selbständigen Proteste gegen die militärische Zensur bewiesen; im übrigen aber ist zu sagen, daß die Furcht vor der politischen Arbeitsgemeinschaft, die in einzelnen Parteikreisen manifest ist, gar nicht zu imponieren vermag; denn die Partei erhält in der politischen Arbeitsgemeinschaft und außer ihr schließlich nur diejenige Bedeutung, die ihr kraft ihrer Ideen und ihres daraus erwachsenden Selbstvertrauens zukommt; jene Furcht aber ist zu deutlich ein Zeichen innerer Schwäche und geistiger Unselbständigkeit, als daß sie eigentlich ernst genommen werden dürfte.

Was hat nun die politische Arbeitsgemeinschaft bis dahin gewirkt?

Sie hat, das kann ernstlich gar nicht bestritten werden, im August 1940 durch die Tatsache ihrer Gründung einen Block des nationalen Widerstandes gegen eine gewisse Politik der Selbstaufgabe gebildet; sie hat den ewigen Konzessionären deutlich ein Warnungszeichen aufgesteckt und den Schweizern, die zum Widerstand entschlossen sind, Hoffnung und Mut zurückgegeben. Das ist ein historisches Verdienst, das allein ihre Existenz rechtfertigen würde; diese eine große Tat ist getan worden für alle, auch für die Arbeiterschaft.

Sie hat dafür gesorgt, daß den Vertretern der 5. Kolonne, den offenen

und den getarnten, scharf auf die Finger geschaut wird; das wissen die Herrschaften, die es angeht, ganz gut; und daraus resultiert denn auch ihr hemmungsloser Haß gegen die politische Arbeitsgemeinschaft und die Leute, die sich darin führend betätigen.

Sie hat dafür gesorgt, daß den Behörden zum Bewußtsein kommt, wie sehr sie auf die Mitarbeit des Volkes in dieser Hinsicht zählen dürfen, wenn sie selbst auch den gleichen Mut zeigen. Sie hat daraus kein großes Wesen gemacht. Aber die Behörden kennen die Tatsache nach ihrer angenehmen Seite hin, wie sie diejenigen, die es angeht, nach ihrer unangenehmen kennen.

Sie hat Probleme der wirtschaftlichen Landesverteidigung angepackt und ihre Forderungen gestellt; die Eingabe, die sie am 27. Dezember 1940 an den Regierungsrat des Kantons Bern über das Problem «Preis, Löhne, Arbeitsbeschaffung» gerichtet hat, scheint mir nach dieser Seite hin mustergültig zu sein, trotz des offenbaren, aber auch sehr schwer erklärlichen Mißverständnisses, die sie in einzelnen Gewerkschaftskreisen hervorgerufen hat; es ist hier an die schwierigsten Probleme schweizerischer Wirtschaftsgestaltung mit einer Vorurteilslosigkeit und Aufgeschlossenheit herangetreten worden, die erfreulich ist; dafür zu sorgen, daß die dort vertretenen Ideen nicht einschlafen, sondern ver-verwirklicht werden, das eben ist unsere Aufgabe, die uns niemand verwehrt als vielleicht wir selbst.

Die politische Arbeitsgemeinschaft hat auch andere wirtschaftspolitische Fragen, wie die Teuerungszulagen an das Staatspersonal, so vorberaten, daß volle Einigung zwischen Regierung, Verbänden und Parteien geschaffen wurde, so daß einzelne demagogische Agitatoren gar keine Möglichkeit zum Eingreifen hatten. In gleichem Sinn ist sie auch an das schwierige kantonale Finanzprogramm herangetreten.

Sie hat aber auch, obschon für schweizerische Staatsinteressen in erster Linie geschaffen, durch ihre Aktion für Gemeindeboden für eine weitherzige Lösung aller Sachprobleme gesorgt. Auch das ist nicht zu bestreiten.

Schließlich aber ist doch wohl der größte Gewinn der, daß die Parteien aus ihrer Isolierung herausgetreten sind — eine Frage, die für uns lebenswichtig ist. Daß sie miteinander die schwierigen Probleme aufgeschlossen, sachlich und loyal diskutieren lernten und daß sie damit nicht nur dem Lande, sondern auch dem Auslande einen Beweis von Selbstzucht und demokratischer Geschlossenheit geben, der heute nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ich sehe gerade in dieser Achtung vor dem andern einen großen Gewinn. Wenn in andern Kantonen Arbeitsgemeinschaften gescheitert sind, dann gerade deswegen, weil diese Achtung nicht vorhanden war und die kleinlichen Politiker glaubten, sie müßten nun schnell ein politisches Nebengeschäft für die eigene Kasse machen. Auf diese kleinen Dinge muß man verzichten, wenn man die großen retten und sichern will. Nach dieser Hinsicht sind wir der Meinung, das die politische Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern beispiel- und richtunggebend sei, nicht nur für die politische Arbeitsgemeinschaft anderer Kantone, sondern auch für die auf schweize-

rischem Gebiet. Man vergesse nicht, daß wir jetzt Zeiten entgegengehen, deren Not uns zum demokratischen Schulterschluß zwingt, die aber auch von uns verlangt, daß wir für die Neugestaltung unseres sozialen Lebens, unseres Staates und, wie wir bescheiden hoffen, auch Europas, uns nicht so von den andern isoliert haben, daß wir die Möglichkeit der Aussprache und des gemeinsamen Handelns verloren haben. Dieser Krieg erzeugt soziale Wandlungen, die tiefer gehen, als wir alle ahnen; er spaltet und reißt das soziale Erdreich auf und macht es fruchtbar für Saaten, die, einst auf steinigen Boden gesät, verdarben; jetzt braucht es die Säer und später die Schnitter, welche die Ernte in die Scheune bringen, aber eine Ernte, die wohlverstanden nicht zuerst einer Partei, sondern allen Arbeitenden, mögen sie stehen wo sie wollen, zugute kommen muß. Diesem großen Gedanken der Zukunft haben wir durch die politische Arbeitsgemeinschaft des Kantons Bern gedient und dienen ihm immer noch.

Zur Frage der Quellensteuer

Von F. Baumann, Aarau.

Seit Jahrzehnten wachsen die Aufgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden andauernd. Wir Sozialisten sind mit der Art und und Weise, wie diese Aufgaben gelöst werden, nicht immer einverstanden. Aber im ganzen begrüßen wir die Übernahme neuer Aufgaben durch die Gemeinwesen und haben zu vielen von ihnen den Anstoß gegeben. Sie dienen zumeist sozialpolitischen Zwecken, dem Zurückdrängen rücksichtsloser kapitalistischer Profitwirtschaft zugunsten der Gemeinwirtschaft und der Fürsorge im Interesse der wirtschaftlich Schwachen.

Seit dem Kriegsausbruch wachsen die Aufgaben der öffentlichen Gemeinwesen in beschleunigtem Tempo. Es heißt, daß auch die Schweiz zwangsläufig in den Staatssozialismus hineinwachse. Wie lassen sich die wachsenden Aufgaben zweckmäßig und richtig lösen? Vorab sind ideenreiche, tüchtige, arbeitsfreudige Menschen notwendig, bereit und imstande, unser staatliches und wirtschaftliches Leben durch die Weltkrise zu steuern. Aber sie können ihre Aufgabe nicht erfüllen ohne eine Unmenge Geldes.

Staat und Gemeinden beschaffen sich ihre Mittel in der Hauptsache durch die Erhebung von Steuern. Wir dürfen ihnen diese Mittel nicht versagen, wenn wir ihre Wirksamkeit und damit ihre Existenz nicht untergraben wollen. Und dazu wäre auf alle Fälle heute die Zeit nicht. Heute ist der Reiche wie der Arme daran interessiert, daß Staat und Gemeinden ihre Aufgaben möglichst reibungslos erfüllen können. Dadurch sichern wir uns das Höchstmaß von Kraft zur Abwehr unerwünschter fremder Einflüsse.

Man sollte meinen, daß in solcher Zeit – wenn nicht Steuerbegeistesterung, das wäre vom Menschen zu viel verlangt, so doch – Steuerwilligkeit bestehen sollte. Dem ist aber erfahrungsgemäß nicht so.